

**27.11.2014**

**Niederschrift 002/2014**

**Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung**  
am 10.11.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III |  
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 17:10 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Martin Wiggermann

**Kreistagmitglieder SPD**

Frau Angelika Chur

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

anwesend bis 16.55 Uhr

Frau Christine Hupe

Frau Ursula Lindstedt

anwesend bis 16.45 Uhr

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Frau Regina John

Herr Siegfried Pogadl

anwesend bis 16.55 Uhr

**Kreistagmitglieder CDU**

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Herbert Krusel

Herr Dipl.-Ing. Olaf Lauschner

Herr Gerhard Meyer

Frau Gabriele Richter

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Herr Stephan Wehmeier

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Ilka Brehmer

Herr Jochen Nadolski-Voigt

**Kreistagmitglieder Linksfraktion**

Herr Werner Sell

**Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm**

Herr Helmut Rosenkranz

**Kreistagmitglieder FW**

Herr Helmut Stalz

**Gäste**

Herr Lutz Granderath, PriceWaterhouseCoopersAG

Herr Uwe Ringelsiep, Geschäftsführer Jobcenter Kreis Unna

## **Verwaltung**

Herr Norbert Diekmännken, Fachbereichsleiter

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Wiggermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 30.10.2014 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 2** "Deutschland 2030 - Region Ruhr";  
Vorstellung der Studie durch die PriceWaterhouseCoopers AG, Herr Lutz Granderath
- Punkt 3** 169/14 Konkretisierung der Abstimmungsmodalitäten der Arbeitsschwerpunkte des Ausschusses für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung;  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.10.2014
- Punkt 4** 162/14 Produkthaushalt 2015 - Budget 50 Arbeit und Soziales
- Punkt 5** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 6** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### Öffentlicher Teil

- Punkt 1** **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

## **Punkt 2**

### **"Deutschland 2030 - Region Ruhr";**

#### **Vorstellung der Studie durch die PriceWaterhouseCoopers AG, Herr Lutz Granderath**

##### Erörterung

Herr Granderath berichtet anhand einer Folienpräsentation. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Er führt aus, dass in den letzten Monaten mit dem Hamburger Weltwirtschaftsinstitut eine Studie zum Thema „Arbeitsplätze der Zukunft – Deutschland 2030“ durchgeführt worden sei. Diese Studie würde alle drei bis vier Jahre durchgeführt, um sehen zu können, in welche Richtung sich der Arbeitsmarkt in Deutschland bewege. Vergleiche mit der Vergangenheit und Hochrechnungen seien ebenfalls angestellt worden. Abschließend teilt er mit, dass für unsere Region versucht werde, das Potential junger, gut ausgebildeter Leute zu halten. Diese würden die hohe Anziehungswirkung der Metropolen wie München wahrnehmen, denn dort gebe es viele Arbeitsplätze, High-Tech-Branchen und das Wohnumfeld stimme.

Auf Nachfrage von Herrn Stalz (Gruppe Freie Wähler) zur zusätzlichen Beschäftigung für den Flüchtlingsstrom antwortet Herr Granderath, dass hier zu klären sei, wie bereit die Gesellschaft zur Aufnahme und Integration der Flüchtlinge sei. Hierbei könne man keine zweistelligen Prozentzahlen erreichen. Des Weiteren müsse geschaut werden, inwieweit eine Integration der Personen in den Arbeitsmarkt möglich sei, denn in den Herkunftsländern herrsche ein anderes Ausbildungs- und Wissensniveau. Natürlich gebe es auch einen Arbeitsmarkt, der bereits heute ohne den Zuzug ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger kaum noch darstellbar wäre – zum Beispiel im Krankenhaus und in der Altenversorgung.

Herr Wiggermann führt aus, dass es in unserer Region einen riesigen Sockel an Langzeitarbeitslosen gebe und er fragt nach, wie Herr Granderath die Bereitschaft der Unternehmen einschätze bzw. ob dies aus der Studie hervorginge, dass Unternehmen leistungseingeschränkte Personen einstellen würden.

Herr Granderath antwortet, dass es gerade im Bereich der Langzeitarbeitslosen die Herausforderung gebe, diese Personen in einen Arbeitsablauf zu integrieren, wo man eine solide Ausbildung benötige. Für Personen, die bereits über einen längeren Zeitraum vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen worden seien, würde es immer schwerer, dort wieder hineinzukommen. Die Studie hätte gezeigt, dass sich zukünftig bei Tätigkeiten wie zum Beispiel den 3D-Druck, hinter denen heute noch eine recht komplizierte Produktion stünde, in den nächsten Jahren eine Vereinfachung einstellen werde. Hier entstünden ungeahnte Möglichkeiten für qualifizierte Ingenieure, Softwareentwickler usw.

Herr Meyer (CDU-Fraktion) habe mit Freude, aber auch mit Erstaunen die Prognose für die Arbeitsplatzentwicklung im Bereich Logistik und Handel verfolgt. Gerade in der Logistik solle es zum Beispiel im Bereich der Kommissionierung, im Bereich des Be- und Entladens, ein starkes Automatisierungspotential geben. Aufgrund der starken Automatisierung solle es hier zu Arbeitsplatzverlusten kommen. Er möchte von Herrn Granderath wissen, ob das bereits in der Prognose enthalten sei.

Es sei versucht worden, die aktuellen Trends mit einzubauen und hier könne man kaum weiter gehen als fünf bis zehn Jahre, so Herr Granderath. Grenzregionen von eher wohlhabenden Ländern würden sehr stark profitieren. In ostdeutschen Kreisen, die zum Beispiel an der Grenze zu Polen oder Tschechien lägen, die wirtschaftlich nicht so stark seien wie zum Beispiel Holland oder Belgien, erkenne man ein deutliches Abflauen. Hier in der Region hätte man sehr erfolgreich Kompetenzzentren, Logistikzentren aufgebaut und das würde auch in den nächsten 20 bis 30 Jahren eine der Schlüsselfunktionen, -aufgaben sein. Wie in allen Bereichen, werde auch hier die Automation weiter zunehmen.

Erörterung

Herr Wiggermann teilt mit, dass er mit einigen Ausschussmitgliedern aus verschiedenen Fraktionen gesprochen hätte und bei ihm der Eindruck entstanden sei, dass bei der einen oder anderen Fraktion noch Beratungsbedarf bzw. Diskussionsbedarf bestünde.

Herr Nadolski-Voigt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass bereits seit längerem zur Thematik einer Neuaufstellung des Bereiches Arbeits- und Wirtschaftspolitik im Kreis Unna diskutiert werde. Im Wahlkampf sei es ein ganz großes Thema in allen Parteien und Gruppierungen gewesen. Vor diesem Hintergrund sei der Ausschuss auch begründet worden. Hintergrund des Antrages sei gewesen, für den Ausschuss ein Ziel zu formulieren und eine Aufgabenstellung zu haben. In der ersten Sitzung habe das Jobcenter die Arbeitsmarktpolitik vorgestellt. Im zweiten Schritt hätte eigentlich von der Wirtschaftsförderung ein wirtschaftspolitischer Vortrag folgen müssen, um sehen zu können, wie alles gemeinsam auf den Weg gebracht werden könne. Dies alles sei Hintergrund des Antrages. Des Weiteren sei es schade, dass die Fraktion erst ein bis zwei Stunden vor dem Ausschuss Rückmeldungen erhalte, obwohl der Antrag bereits längere Zeit vorläge.

Herr Meyer bittet für die CDU-Fraktion darum, dass der Antrag heute als eingebracht betrachtet und im Zuge der Haushaltsberatungen innerhalb der Fraktionen diskutiert werde. Vom Grundsatz her sehe es die CDU-Fraktion ebenso, aber die Thematik solle innerhalb der Gesamtfraktion unter dem Aspekt der Haushaltsberatungen erörtert werden. Er nehme die Kritik von Herrn Nadolski-Voigt entgegen und bittet um Nachsicht.

Herr Ganzke (SPD-Fraktion) teilt mit, dass es zwischen den Fraktionen, die mehr als 20 Mitglieder hätten und den kleineren Fraktionen, die sich möglicherweise häufiger treffen würden, einen Unterschied gebe. Vor diesem Hintergrund hätte die SPD-Fraktion den Antrag zur Klausurtagung mitgenommen, welche erst am Samstagnachmittag endete. Bei der Klausur habe Herr Wiggermann den Auftrag erhalten, mit dem Antragsteller Kontakt aufzunehmen, um zu sehen, wie hier eine gemeinsame Linie gefunden werden könne. Des Weiteren würde voraussichtlich jeder Anwesende dem Antrag dahingehend zustimmen, dass der Ausschuss eine zielorientierte Zusammenarbeit der arbeits- und wirtschaftspolitischen Akteure politisch begleite. Für die gemeinsame Zielrichtung stünde die Wirtschaftsförderung, das Jobcenter und die Kreisverwaltung.

Herr Nadolski-Voigt möchte deutlich machen, dass das Verständnis des Antrages in erster Linie darin läge, dass sich der Ausschuss eine klare Zielvorstellung gebe. Wichtig sei auch zu wissen, dass in diesem Ausschuss auch Inhalte diskutiert werden müssten.

Für die Gruppe Freie Wähler teilt Herr Stalz mit, dass diese keinen Beratungsbedarf habe und dem Antrag uneingeschränkt zustimme.

Herr Wiggermann fasst zusammen, dass der Antrag als eingebracht gelte und eine Arbeitsgrundlage für die Zielsetzung des Ausschusses darstelle. Für eine Umsetzung müsste allerdings eine weitere Konkretisierung stattfinden. Er fragt nach, ob sich der Ausschuss darauf einigen könne, denn dann würde heute auf eine Abstimmung verzichtet. In der nächsten Ausschusssitzung würde dann eine Abstimmung über konkret beschriebene Handlungsfelder durchgeführt.

Innerhalb des Ausschusses ergeben sich keine Einwände gegen die angedachte Vorgehensweise.

Herr Ganzke führt aus, dass aus dem heute gehörten Vortrag sehr viel Positives für den Kreis Unna hervorgegangen sei. Hierzu sollte seiner Ansicht nach eine abgestimmte Pressearbeit seitens des Kreises durchgeführt werden. Dies könne gemeinsam genutzt werden, um nach vorne gehen zu können.

#### **Punkt 4 162/14 Produkthaushalt 2015 - Budget 50 Arbeit und Soziales**

Herr Hebebrand (SPD-Fraktion) teilt mit, dass davon auszugehen sei, dass die Kosten der Unterkunft im Jahresergebnis bei ca. 94 Millionen Euro liegen werden. Es sei mit einer Entspannung zu rechnen; dennoch müsste die durch den Bundestag beschlossene Regelsatzerhöhung berücksichtigt werden. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass die Kosten der Unterkunft im neuen Haushalt 2015 auf 96 Millionen Euro festgesetzt werden könnten. Die genannten Zahlen würden auch aus einer guten Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Jobcenter resultieren. Dafür, dass es beiden so gut gelungen sei, spricht die SPD-Fraktion ihren Dank aus.

Herr Meyer äußert, dass sich zurzeit nach einer negativen eine positive Entwicklung zeige, aber man dürfe sich jetzt keinesfalls zurücklehnen. Die Kosten im Sozialhaushalt empfänden alle Kommunen erdrückend, es müssten auch weiterhin gute Zahlen und Vermittlungsquoten erreicht werden. Es gebe eine hohe Sockelarbeitslosigkeit an Langzeitarbeitslosen, die Vermittlungshemmnisse aller Art aufwiesen. Für diesen Bereich könne man keine Entwarnung geben, es handele sich um ein schwieriges Umfeld bzw. einen schwierigen Arbeitsmarkt. Für diesen Bereich sei Kreativität gefragt, um eine Entlastung erreichen zu können.

Herr Diekmännken führt aus, dass man Mitte des Jahres bei den Eckwerten mit 99 Millionen Euro gestartet sei und es jetzt eine positive Entwicklung gebe. Der für Oktober 2014 ermittelte Wert in Höhe von 7,6 Millionen Euro hätte seit 20 Monaten nicht erreicht werden können. Der Ansatz in Höhe von 96 Millionen Euro sei erreichbar, aber er halte ihn auch für sehr ambitioniert - allein die Regelbedarfserhöhungen hätte man in den Vorjahren mit einem Wert von 1,7 Millionen Euro in der Wirkung bewertet.

Der Produkthaushalt 2015 – Budget 50 Arbeit und Soziales wird zur Kenntnis genommen.

#### **Punkt 5 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

##### **1. Neues Programm für Langzeitarbeitslose**

Herr Diekmännken teilt mit, dass es ein neues Programm für Langzeitarbeitslose gebe und die nächste Sitzung solle für eine entsprechende Vorstellung genutzt werden. Er denke, dass dem Jobcenter voraussichtlich 190 Plätze zur Verfügung stünden und diese müssten jetzt mit Inhalten belegt werden.

##### **2. Mitteilungen des Jobcenters**

Herr Ringelsiep führt aus, dass das Jobcenter jährlich Hinweise erhalte, wie sich die Demografie auf die Kunden auswirke, unter Berücksichtigung der Fortschreibung der sogenannten Regelaltersgrenze. Im letzten Jahr hätte ein Zuwachs von monatlich ca. 370 Personen vorgelegen. Für das nächste Jahr prognostiziere die Wissenschaft einen Wert um 90 Personen. Dies bedeute, dass es dann monatlich ca. 90 Kunden gebe. Die langfristige Entwicklung bis 2030 würde geteilt und die kurzfristige Entwicklung bis 2015 sähe nochmal anders aus.

Bezugnehmend auf das neue Förderprogramm der Bundesarbeitsministerin teilt Herr Ringelsiep mit, dass er heute Herrn Sparbrod, Herrn Wiggermann und Herrn Meyer den Originaltext der Unterrichtung des Arbeitsmarkt- und Sozialausschusses in Berlin zur Verfügung gestellt hätte. Voraussichtlich müsse das Arbeitsmarktprogramm 2015 erarbeitet werden, ohne dass neue Sonderprogramm berücksichtigen zu können. Es werde davon ausgegangen, dass es erst im Frühjahr 2015 entsprechende Förderrichtlinien gebe.

Herr Wiggermann halte die Mitteilung für wichtig, dass das Programm für Langzeitarbeitslose zunächst so aufgebaut gewesen sei, dass die Träger einen Eigenanteil hätten leisten müssen. Jetzt gebe es die Option, dass dieser Anteil nicht mehr erfolgen müsse.

Herr Ringelsiep teilt mit, dass Frau Nahles ausgeführt hätte, dass die Möglichkeit eines Zuschusses bis zu 100 Prozent bestünde. Allerdings gebe es gleichwohl nicht mehr Geld. In der Konsequenz bedeute dies, dass bei einer prozentualen Erhöhung der Förderung die Fallzahl sinke. Die weitere Entwicklung bliebe abzuwarten.

Das alte Konzept mit einer Förderung bis zu 75 Prozent, sei, im Vergleich zu einem Landesprogramm und dem Regelinstrument, aufgrund des eingeschränkten Personenkreises für Arbeitgeber bisher relativ unattraktiv gewesen. Das Förderprogramm solle im Juni 2015 und bestimmt nicht zu einem früheren Zeitpunkt starten.

Auf Anfrage von Herrn Meyer antwortet Herr Ringelsiep, dass ihm zum Antragverfahren für das Förderprogramm bisher keine Kenntnisse vorlägen. Zurzeit könne kein Antrag gestellt werden, die entsprechende Richtlinie sei noch nicht veröffentlicht worden.

Herr Wiggermann führt aufgrund einer entstehenden Diskussion zum Förderprogramm aus, dass die Thematik nach Vorliegen konkreter Daten in der nächsten Sitzung behandelt werde.

### **3. Antrag der AG der Wohlfahrtsverbände**

Auf Anfrage von Herrn Nadolski-Voigt äußert Herr Ringelsiep, dass das Schreiben der AG der Wohlfahrtsverbände an den Vorsitzenden des Beirates weitergeleitet worden sei. Er befürchte, dass ein Übergang aus der Bürgerarbeit in das neue Förderprogramm nicht möglich sein werde; aufgrund des definierten Personenkreises und weil die Nahtlosigkeit nicht funktionieren werde. Es müsse an einer Intensivvermittlung gearbeitet werden und von daher sei das Thema der AG der Wohlfahrtsverbände gut aufgenommen worden.

#### **Anlagen**

1. Präsentation "Deutschland 2030 – Die Arbeitsplätze der Zukunft" – Bericht Herr Lutz Granderath
2. Konzept zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit

gez. Martin Wiggermann  
Vorsitzender

gez. Birgit Scholz  
Schriftführerin